

Bündnis90/Die Grünen, Eiland 10, 42651 Solingen

An Herrn Oberbürgermeister  
Daniel Flemm

Ratsfraktion  
Eiland 10  
42651 Solingen  
T 0212-200740  
E [fraktion@gruene-solingen.de](mailto:fraktion@gruene-solingen.de)  
Solingen, den 2.3.2026

Per Mail

**Antrag zur nächsten Sitzung des Rates am 5.3.2026**

## **TOP 24 Masterplan Arbeit und Wirtschaft**

### **Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik für Solingen heißt: Innovation, regionale Wertschöpfung, bergische Kooperation und nachhaltige Infrastruktur stärken**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

namens der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen bitten wir darum, nachstehenden Antrag in der genannten Sitzung zur Abstimmung zu stellen:

Der Rat der Stadt Solingen beschließt:

#### **1. Sofortprogramm für Beschleunigung und Serviceorientierung bei Service- und Genehmigungsverfahren**

Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Genehmigungs- und Abstimmungsverfahren mit wirtschaftsrelevanten Auswirkungen systematisch zu evaluieren, konkrete Beschleunigungspotenziale (z. B. Verfahrensbündelung, digitale Antragstellung, feste Ansprechpartner\*innen, verbindliche Bearbeitungsziele) aufzuzeigen und dem Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Verwaltungsmodernisierung bis spätestens zum 14.09.2026 ein Maßnahmenpaket zur Steigerung der Servicequalität für Unternehmen vorzulegen. Ziel ist es, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue, zukunftsfähige Beschäftigung in Solingen zu ermöglichen.

#### **2. Regionale Wertschöpfung und nachhaltige Vergabestrategie stärken**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die städtische Beschaffung unterhalb der Schwellenwerte zur europaweiten Ausschreibung stärker zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe genutzt werden kann, Transparenz über regionale Auftragsvergaben herzustellen sowie eine Weiterentwicklung der kommunalen Vergabepaxis zu erarbeiten. Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte geprüft und berücksichtigt werden:

- Energie- und Ressourceneffizienz,
- Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit und Recyclingfähigkeit,
- weitere Aspekte der Kreislaufwirtschaft sowie

- rechtssichere Möglichkeiten zur Stärkung regionaler Anbieter und KMU.

Es ist darzustellen, ob und in welcher Form diese Kriterien wirksamer in einer kommunalen Vergabesatzung oder einer verbindlichen Dienstanweisung systematisch verankert werden können. Ziel ist es, die städtische Kaufkraft strategisch zur Stärkung regionaler Unternehmen sowie zur Förderung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen einzusetzen.

### **3. Wirtschaftsförderung als Transformations- und Förderlotsin stärken**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Wirtschaftsförderung organisatorisch und strategisch so weiterzuentwickeln, dass sie verstärkt als Fördermittel- und Transformationslotsin für kleine und mittlere Unternehmen sowie Handwerksbetriebe fungiert (siehe hierzu auch die Trends der nachhaltigen Gewerbeflächenentwicklung in Kapitel 8.2 Masterplan Arbeit und Wirtschaft). Bestehende Förderprogramme von Bund, Land und EU sollen systematisch identifiziert, aufbereitet und aktiv an Solinger Unternehmen kommuniziert werden. Zudem soll geprüft werden, wie Unternehmen bei der Antragstellung und Fördermittelakquise beratend unterstützt werden können.

Darüber hinaus ist darzustellen, wie insbesondere kleine- und mittlere Gewerbebetriebe in Fragen der Digitalisierung, der klimatauglichen Transformation wie insbesondere der Nutzung erneuerbarer Energien, der ökologischen Aufwertung sowie bei Fragen zu Flächennutzungen in Mischgebieten und beim Abbau bürokratischer Hürden noch besser unterstützt werden können.

Dem Rat ist darzustellen, wie Fördermittel verstärkt nach Solingen geholt werden können, insbesondere in den Bereichen Klimaschutz, Energieeffizienz, Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Produktion.

### **4. Bergische Zusammenarbeit strategisch ausbauen**

Die Verwaltung wird beauftragt, in den zuständigen Gremien darzulegen, wie eine vertiefte bergische Zusammenarbeit mit Einbindung der Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft in zentralen Zukunftsfeldern weiterentwickelt werden kann bzw. bestehende Projekte zu einem Erfolg unserer bergischen Region werden. Dabei sind insbesondere folgende Themenfelder zu berücksichtigen:

- eine gemeinsame Entwicklungs- und Vermarktungsstrategie im Bereich Tourismus im Vorfeld der BUGA 2031,
- gemeinsame Reaktivierungen von Gewerbebrachen im Bergischen Städtedreieck und Angebote für regionale Wirtschaft an Gewerbeflächen nach dem Vorbild von Stöcken 17 entwickeln,
- eine Strategiediskussion zum weiteren, verstetigenden Ausbau der Kreislaufwirtschaft, wie sie in der FAB-Region Bergisches Städtedreieck konkret angestoßen und praktiziert wird, und der dafür notwendige Beitrag der Stadt Solingen. Eine Strategieentwicklung, welche Strukturen die Stadt Solingen für eine vertiefende grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Circular Economy (Stichwort Circular Valley) in nächster Zeit ggf. benötigt und was perspektivisch hierzu angegangen werden soll.
- gemeinsame Strategien zur Fachkräftesicherung sowie Aus- und Fortbildung in der Region auch mit Unterstützung der Regionalagentur,
- Synergiepotenziale in der kommunalen Zusammenarbeit, insbesondere bei Beschaffungsstrategien, IT-Lösungen, Cybersicherheit, Fördermittelakquise und Bürger\*inenservice,

- Möglichkeiten zur Förderung innovativer Ideen durch bergische Förderinstrumente und geeignete Finanzierungsmodelle,
- weitere strategische Clusterbildung für eine stärkere systematische Vernetzung wichtiger Branchen im Bergischen Städtedreieck.

Perspektivisch ist ein Kooperationsbericht vorzulegen, der bestehende und geplante bergische Gemeinschaftsprojekte systematisch darstellt.

## **5. Revitalisierung von Gewerbebrachen erleichtern**

### **5.1. Die Verwaltung wird beauftragt,**

- mit den Instrumenten der Bauleitplanung die verbindliche gewerbliche Nutzung in vorhandenen Gewerbegebieten zu sichern und
- ein kontinuierlich fortzuschreibendes Gewerbebrachflächenkataster zu erstellen und Unternehmerinnen und Unternehmern sowie der Öffentlichkeit kostenlos digital zur Verfügung zu stellen.

### **5.2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen,**

- welche Landes-, Bundes- und EU-Förderprogramme für den strategischen Ankauf und die Revitalisierung von Gewerbebrachen, auch mit Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Fördermittel des „Verbands für Flächenrecycling und Altlastensanierung“ (AAV), genutzt werden können und welche Eigenmittelanteile hierfür erforderlich wären,
- wie die Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel für die Zwischenfinanzierung von anzukaufenden, zu entwickelnden und wieder zu verkaufenden Gewerbebrachen umgesetzt werden kann und
- wie die Vermittlung und Wiedernutzung von leerstehenden Hallen und Freiflächen in bestehenden Gewerbegebieten verbessert werden kann.

## **6. Infrastruktur als Standortfaktor konsequent vorantreiben – bestehendes Gewerbe besser anbinden**

### **6.1 Die Verwaltung wird beauftragt,**

die Anbindung des Gewerbegebietes Scheuren an die Viehbachtalstraße sowie die Umsetzung der Veloroute 2 planerisch konsequent voranzutreiben, sodass beide Maßnahmen spätestens im Jahr 2027 förderfähig angemeldet werden können. Hierzu ist dem Rat ein Zeit- und Maßnahmenplan vorzulegen.

### **6.2 Die Verwaltung wird beauftragt,**

die Anbindung der Gewerbegebiete an den ÖPNV und den SPNV, auch unter Einbezug von Jobticket-Modellen, sowie den Radverkehr zu verbessern.

## **Begründung**

Solingsens wirtschaftliche Zukunft und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen liegt nicht in der pauschalen Ausweitung von Flächen, sondern in der Stärkung von Innovation, regionaler Wertschöpfung, Transformationsfähigkeit und moderner Infrastruktur. Der Masterplan „Arbeit und Wirtschaft“ zeigt deutlich, dass Wachstumspotenziale insbesondere im Dienstleistungssektor

sowie in wissens- und gesundheitsorientierten Branchen liegen. Kleine und mittlere Unternehmen – auch des produzierenden Gewerbes – bilden das Rückgrat der lokalen Wirtschaft.

Im jüngst im Ausschuss vorgestellten Monitoring der Bezirksregierung zur Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung der letzten drei Jahre (Vorlage 585/2026) zeigt sich zudem, dass der zusätzliche Gesamtflächenverbrauch im Zeitraum 2023–2025 lediglich rund einen Hektar betrug (Rückgang verfügbarer Fläche von 54 auf 53 ha). Gleichzeitig ist das sogenannte Wiedernutzungspotenzial – also bestehende Brachflächen – von 14 auf 22 ha gestiegen, unter anderem durch die Borbet-Fläche am Weyer. Diese Zahlen unterstreichen, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt derzeit nicht durch einen akuten Mangel an Flächen, sondern vielmehr durch strukturelle Transformationsfragen geprägt ist. Wirtschaftliches Wachstum sollte – wo immer möglich – vom zusätzlichen Flächenverbrauch entkoppelt werden. Dies ist auch konkret das Ziel des Masterplans und der Nachhaltigkeitsstrategie. So sollte ab 2025 die jährliche Neuinanspruchnahme von unversiegelter Fläche auf max. 2,15 ha begrenzt werden, bevor ab 2030 keine weitere Neuinanspruchnahme mehr erfolgen soll.

Gleichzeitig sind unsere bestehenden Solinger Unternehmen einem erheblichen Transformationsdruck ausgesetzt. Digitalisierung, Energiepreise, Fachkräftemangel, Klimaanpassung und volatile Lieferketten erfordern gezielte Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen. Eine moderne kommunale Wirtschaftspolitik bedeutet daher, Verfahren zu beschleunigen, Bürokratie abzubauen, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und Transformationsprozesse aktiv zu begleiten.

Die bergische Zusammenarbeit bietet zusätzliche Chancen, wirtschaftliche Potenziale gemeinsam zu heben, Synergien zu nutzen und regionale Zukunftsfelder wie Kreislaufwirtschaft, Tourismus oder Fachkräftesicherung strategisch weiterzuentwickeln.

In Zeiten angespannter kommunaler Haushalte kommt es darauf an, vorhandene Instrumente strategisch zu nutzen. Eine aktive Fördermittelakquise, eine kluge Vergabestrategie sowie eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit sind wirksame Hebel, um wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, ohne zusätzliche Haushaltsbelastungen zu erzeugen.

Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik erfordert neben Flächenplanung auch aktives Flächenmanagement. Angesichts steigender Wiedernutzungspotenziale und begrenzter Freiflächenressourcen ist es geboten, bestehende Gewerbebrachen strategisch zu sichern und für nachhaltige wirtschaftliche Nutzungen zu entwickeln. Auch das ein strategisches Ziel in der Nachhaltigkeitsstrategie und im Masterplan. Aktive Bodenpolitik stärkt kommunale Steuerungsfähigkeit und reduziert den Druck auf unversiegelte Außenbereichsflächen.

Die Verbindung der Anbindung Scheuren mit der Veloroute 2 stärkt die wirtschaftliche Erreichbarkeit und verbindet Standortqualität mit nachhaltiger Mobilität. Wirtschaftlicher Erfolg sowie ökologische und soziale Verantwortung sind keine Gegensätze, sondern Grundlage langfristiger Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit.

Mit freundlichen Grüßen

|                       |                                      |                            |
|-----------------------|--------------------------------------|----------------------------|
| gez.                  | gez.                                 | gez.                       |
| Leon Kröck            | Bianca Dingel                        | Finn Grimsehl-Schmitz      |
| Fraktionsvorsitzender | wirtschaftspolitische Sprecherin     | umweltpolitischer Sprecher |
| gez.                  | gez.                                 |                            |
| Ruth Fischer-Bieniek  | Thilo Schnor                         |                            |
| Fraktionsvorsitzende  | Sprecher für nachhaltige Entwicklung |                            |